Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.05.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:09 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Jürgen Liedtke

Mitglied
Dr. Ullrich Bittner
Anja Hübner
Camille Marie Damm
Dr. Jörn Kasbohm
Anna Katharina Kassautzki
Patrick Kunkel-Tammert
Christian Radicke
Gerd-Martin Rappen
Carola Rex
Christian Schulze
Kira Wisnewski
Dr. Monique Wölk
Dr. Jörg Valentin

Protokollant/in
Michaela Böttger

Abwesend

Mitglied
Christian Friedrich entschuldigt

Verwaltung:

Angela Baas
Jeannette von Busse
Thilo Kaiser

Dieter Schick
Erik Wilde

Gäste:

Judit Bartsch
Robert Gabel
Torsten Galke
Eric Köster
Karola Lüptow
Jörg Martens
Anja Matz
Eckhard Oberdörfer
Dominik Reichert
Eddi Taufer
Erik von Malottki

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2020	
4	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen	
5	Mitteilungen der Verwaltung	
6	Mitteilungen des/r Vorsitzenden	
7	Beschlusskontrolle	
8	Beratung der Beschlussvorlagen	
8.1	Masterplan "Steinbeckervorstadt"	BV-V/07/0196
8.2	Vorkaufsrechtssatzung Steinbeckervorstadt (II) ***SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ***	BV-P/07/0154
8.3	Parken in Greifswald ***CDU-Fraktion*** ***zu TOP 8.3 neue Version vom 20.05.2020***	BV-P/07/0128-01

8.4	Erweiterung des ÖPNV in Greifswald und Umsetzung des Nahverkehrsplans ***Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion***	BV-P/07/0155
8.5	Entlastung der Greifswalder Gastronomie ***CDU-Fraktion***	BV-P/07/0152
8.6	Saubere Stadt IV – Innenstadtkonzept zur Müllentsorgung im öffentlichen Raum, Leerungszyklus, Personalaufstockung ***SPD-Fraktion***	BV-P/07/0153
8.7	Bußgeld für unerlaubte Entsorgung von Kleinmüll ***Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***	BV-P/07/0156
8.8	Überplanmäßige Auszahlung Maßnahme "Schöpfwerk An der Mühle"	BV-V/07/0197
9	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
10	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2020

4 Mitteilungen der Verwaltung

5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

6 Beschlusskontrolle

7 Beratung der Beschlussvorlagen

8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Liedtke eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung um 18.00 Uhr. Es sind 14 Mitglieder anwesend. Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es sind zwei Tischvorlagen eingegangen. Die Vorlage BV-P/07/0156 - Bußgeld für unerlaubte Entsorgung von Kleinmüll - wird zum TOP 8.7 und die Vorlage BV-V/07/0197 – überplanmäßige Auszahlung Maßnahme „Schöpfwerk An der Mühle“ - wird zum TOP 8.8 eingeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2020

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 10.03.2020 wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	2

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Herr Jörg Martens spricht für die Gartensparte „Seeblick“ in Greifswald Wieck vor. Seit Anfang 2020 wurden Pfähle auf der Fläche des ehemaligen Deiches gesetzt. Dadurch wurden 4 Gärten abgeschnitten, d.h. die Gartengrundstücke Nr. 27, 28, 29 und 30 können mit dem Pkw nicht mehr angefahren werden. Weiterhin wurde jetzt auch noch über den Pfählen Erde aufgeschüttet. Herr Martens möchte gern Akteneinsicht nehmen um herauszufinden, wo das Grundstück der Stadt beginnt

und wo es endet. Auch reichen die vorhandenen Stellplätze auf dem Parkplatz nicht aus. Herr Martens wünscht eine Besichtigung vor Ort.
Herr Schick berichtet von gemeinsamen Absprachen und Vororttreffen mit dem Vorsitzenden der OTV und der Gartensparte „Seeblick“. Die Maßnahmen wurden im Einvernehmen getroffen.
Herr Liedtke schlägt vor, eine Begehung der Örtlichkeiten vor Beginn einer Sitzung der OTV Wieck Ladebow durchzuführen. Dazu wird Herr Martens auf Herrn Schick nochmal direkt zukommen.

5 Mitteilungen der Verwaltung

keine

6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr Liedtke informiert über zwei Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters:

- BV-V/07/0128 - Bebauungsplan Nr. 119 - Koitenhagen Süd - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss – und
- BV-V/07/051 - Satzung über die Aufhebung des Vorhaben -und Erschließungsplans Nr. 31 - Am Gorzberg -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Weiterhin wird am 10.06.2020 um 14.00 Uhr eine Begehung der OTV Ostseeviertel im Bereich des Treidelpfades durchgeführt (Biberbeschädigungen).
Herr Liedtke informiert außerdem, dass eine Begehung bereits stattgefunden hat: Begehung der Koitenhäger Landstraße (Lärmschutz am Übergang). Die Begehung hat mit einem Vertreter des Abwasserverbandes und mit einem Bürger stattgefunden. Messungen in diesem Bereich wurden durch die Stadt bereits durchgeführt.

7 Beschlusskontrolle

keine

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Masterplan "Steinbeckervorstadt" BV-V/07/0196

Herr Liedtke informiert vorab, dass am 26.05.2020, 15.30 Uhr, der Masterplan Steinbeckervorstadt der Bürgerinitiative, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung durch die Stadt vorgestellt wurde. Viele Informationen wurden dort schon ausgetauscht.
Herr Wilde bringt die Vorlage ein und stellt den Masterplanentwurf vor (Anlage).
Frau Wisnewski geht auf die Polderwiesen im westlichen Bereich ein und fragt nach, ob die Wiedervernässung von Mooren mit dem Baugebiet (Baugrund) vereinbar sein wird. Herr Kaiser sagt zu, dass im Rahmen der Erarbeitung des Vorentwurfs diese Dinge mit betrachtet werden.
Herr Rappen appelliert an die Ausschussmitglieder, sich nicht auf Variante 1 mit weniger Bebauung auszusprechen. Vielmehr soll das möglichste untersucht werden, um dann eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Kassautzki fragt nach, wie sich die Bürgerinitiative zu beiden Varianten positioniert hat. Herr Kaiser erklärt, dass die Bürgerinitiative einen anderen Blick als die Stadtverwaltung auf die Flächen hat. Sie wollen eine städtebauliche Entwicklung, allerdings die abgespeckte Variante 1. Trotzdem steht die Bürgerinitiative der Prüfung der großen Variante 2 nicht entgegen.
Die Veranstaltungsfläche am Museumshafen kann unterjährig nur bedingt genutzt werden (u. a. durch eingeschränkte Art der Bespielung, Anzahl der Aufführungen und emissionsschutz-rechliche Auflagen). Perspektivisch soll ein Konzept für mögliche Spielstätten in Greifswald erarbeitet werden.
Frau Dr. Wölk merkt an, dass in Variante 1 viele Aspekte aufgenommen wurden, welche durch die Bürger*innen und durch die Bürgerinitiative eingebracht wurden. Insbesondere die Schaffung von Frei- und Verweilflächen und die Stärkung soziokultureller Einrichtungen sind für die Steinbecker-vorstadt besonders wichtig. Die Nutzung der Freifläche am Museumshafen könnte mit einer möglichen Wohnbebauung in der Salinenstraße zu Konflikten führen. Hier bittet Frau Dr. Wölk um frühzeitige Vorbeugung. Die Frage nach sozialen und bezahlbaren Wohnraums kommt in den Variantenbetrachtungen etwas zu kurz. Frau Dr. Wölk appelliert an die Verwaltung, diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren. Die Anregung, eine Kita mit aufzunehmen, wurde bereits mit aufgenommen.
Herr Kaiser ergänzt, dass an der Salinenstraße keine Wohnbebauung vorgesehen ist, um genau diesen Nutzungskonflikten vorzubeugen.
Frau Damm fragt nach, wieviel Zeit benötigt wird, um die Moorgutachten erstellen zu lassen.
Herr Kaiser führt aus, dass die Verwaltung gern mit allen fachlichen Gutachten beginnen möchte. Die Auftragsvergabe könnte Ende 2020/Anfang 2021 erfolgen. Hierzu ist allerdings der Bürgerschaftsbeschluss für den Masterplan notwendig.
Dr. Bittner merkt an, dass die Stadt von vielen Mooren umgeben ist. Er regt die Erstellung eines Konzeptes an, wie sich der Moorkörper in und an dieser Stadt entwickelt könnte. Es geht darum festzustellen, welcher Wasserstand dort zukünftig entwickelt werden soll. Der Moorkörper in Variante 2 soll teilweise überbaut werden. Das dortige Schöpfwerk pumpt derzeit aus diesem Gebiet Wasser ab. Wenn der Moorkörper ständig tief liegt, gibt es dort Senkungen. In wie weit die Möglichkeit für Pfahlgründungen gegeben sind, lässt sich derzeit nicht feststellen. Herr Dr. Bittner regt noch einmal an, den gesamten Moorkörper der Stadt untersuchen zu lassen. Eine Moorstudie für die gesamte Stadt parallel zu diesen Verfahren in Auftrag zu geben, wird aus zeitlichen Gründen durch Herrn Kaiser nicht befürwortet. Über ein separates Verfahren kann gern diskutiert werden.
Frau Hübner bittet um eine Aussage zu den Verweilzonen in Variante 1. Im Plan sieht es so aus, dass Verweil- und Moorflächen miteinander vereinbar sind. Herr Wilde führt aus, dass die Ausführungen im Plan nur als Ansatz zu sehen sind. Ob eine Vereinbarkeit hergestellt werden kann, muss auf B-Plan-Ebene untersucht werden.
Herr Dr. Kasbohm führt den Punkt des bezahlbaren Wohnens aus. Einen Minuspunkt sieht er in der Beschaffenheit des Bodens. Die Gründung wird viel Geld kosten. Die Nähe zum Stadtzentrum und die damit verbundenen Immobilienpreise könnten weitere Argumente gegen bezahlbares Wohnen sein.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:
Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den „Masterplan Steinbeckervorstadt“ gemäß Anlage 1 und 2. Der Masterplan dient als strategische Grundlage für die weitere städtebauliche Entwicklung des Stadtteils Steinbeckervorstadt. Dabei wurden zwei Varianten als zusammenfassende städtebauliche Entwürfe erarbeitet. Die Stadtverwaltung wird

beauftragt, die derzeit ruhenden Bebauungsplanverfahren für den Bebauungsplan Nr. 3 - Stralsunder Straße - und den Bebauungsplan Nr. 105 - Steinbeckervorstadt - in einem dialogorientierten Planungsprozess fortzusetzen. Dabei soll sich das städtebauliche Konzept in der Spannbreite der beiden Entwurfsvarianten bewegen, in Abhängigkeit von den Ergebnissen der erforderlichen Fachgutachten.

Abstimmungsergebnis:

Mit Ergänzung im Beschlussvorschlag vom Stadtbauamt.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	0	8

Anlage 1 Präsentation Masterplan Steinbeckervorstadt öffentlich

8.2 Vorkaufsrechtssatzung Steinbeckervorstadt (II) BV-P/07/0154

Frau Dr. Wölk bringt die Vorlage ein.
In 2019 wurde ein Beschluss gefasst, dass eine Vorkaufsrechtssatzung für die Steinbeckervorstadt zu entwickeln sei. Die SPD-Fraktion hat mit der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT NATURSCHUTZ einen entsprechenden Satzungstext erarbeitet. Ein Satzungstext der Stadt lag bis dahin nicht vor. Sollte dieser bis zum Hauptausschuss am 22.6.2020 vorliegen, kann dieser noch geprüft werden. Gegebenenfalls könnte dieser Entwurf den Satzungstext der Fraktionen ersetzen. Bis dahin wird diese Beschlussvorlage aufrecht-erhalten.
Frau Rex führt aus, dass die CDU-Fraktion die Vorlage der Verwaltung abwartet. Außerdem sei es nicht nachvollziehbar, warum Flächen im B-Plan Nr. 55 ohne Beteiligung von Greifswalder Investoren verkauft wurden und nun in der Steinbeckervorstadt Flächen gekauft werden sollen.
Dr. Bittner bittet um Erläuterung der Struktur der Vorlage. Frau Dr. Wölk erklärt, dass der Beschlussvorschlag den Satzungstext mit den Paragraphen 1 bis 4 und deren Begründung beinhaltet. In der Sachdarstellung wird begründet, warum die Vorlage eingereicht wurde.
Herr Dr. Kasbohm ergänzt, dass der Auszug der Liegenschaftsflächen fehlt. Ein Zugriff auf diese Daten ist den Fraktionen nicht gegeben. Weiterhin führt Herr Dr. Kasbohm aus, dass im B-Plan Nr. 55 genau festgeschrieben wurden, wo und wieviel eine entsprechende Qualifizierung des Wohnraums zu erfolgen hat. Für den Bereich der Steinbeckervorstadt gilt das nicht. Das einzige Instrument ist diese Vorkaufsrechtssatzung, mit welcher auf die eine oder andere Fläche zugegriffen werden kann, um genau diese Mischung voranzutreiben.
Herr Rappen fragt nach, ob diese Vorkaufsrechtssatzung für den kompletten Stadtteil gelten soll. Dies wird bejaht. Verständnis könnte Herr Rappen für einzelne Teilbereiche aufbringen, aber eben nicht für einen kompletten Stadtteil. Fraglich sei auch hier die Durchsetzbarkeit der Satzung. Der Entwurf der Verwaltung zur Satzung wird abgewartet.
Frau Dr. Wölk weist darauf hin, dass vor Beschlussfassung für die Vorkaufsrechtssatzung bereits die Fragen von Herrn Rappen beantwortet wurden. Weil nur ein Entwurf des Bebauungsplanes vorliegt, soll die Vorkaufsrechtssatzung soll für den kompletten Stadtteil gelten. Es wäre verfrüht, die Vorkaufsrechtssatzung nur für Teilbereiche gelten zu lassen, weil noch nicht klar ist, wie sich das Gebiet entwickeln wird. Die Idee der Vorkaufsrechtssatzung ist, gerade für gemeinschaftliche Wohnprojekte oder für bezahlbares und soziales

Wohnen, Flächen und/oder Grundstücke zur Verfügung zu haben, um diese Projekte zu unterstützen.
Herr Kaiser stellt nochmal klar, dass der Beschluss nicht die Erarbeitung einer Vorkaufsrechtssatzung vorsieht, sondern zu prüfen, ob eine Vorkaufsrechtssatzung ein geeignetes Mittel ist. Die Verwaltung sollte einen Vorschlag erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	6	1

8.3 Parken in Greifswald BV-P/07/0128-01

Herr Rappen bringt die Vorlage ein.
Das Projekt Neubau Parkhaus am M.-A.-Nexö-Platz soll wieder Fahrt aufnehmen. Die Planungen zum Neubau sollen starten.
Sollte der Aufsichtsrat der GPG es bis zur nächsten Bürgerschaft nicht schaffen entsprechende Beschlüssen für die zügige Errichtung zu fassen, soll sich die Bürgerschaft für eine zügige Umsetzung des Projektes einsetzen, ggf. soll durch die Bürgerschaft dann auch die Planungen beauftragt werden.
Herr Dr. Kasbohm beantragt die Einzelabstimmungen zu den Punkten im Beschlussvorschlag.
Er unterstreicht, dass Mangel an Parkplätzen besteht, so wie in Punkt 1 des Beschlussvor-schlages dargestellt. Allerdings fällt es schwer, sich auf den Bau der größtmöglichen Variante festzulegen. Solange die Kosten für den Bau und damit die Auswirkungen auf die Ticketpreise nicht bekannt bzw. feststehen, kann sich zu den Punkten 2 und 3 nicht positioniert werden. Zum Punkt 4 des Beschlussvorschlages kann ebenfalls nicht gesagt werden. Hier gilt es, die Beschlüsse der GPG aus der Aufsichtsratssitzung am 26.05.2020 abzuwarten. Ziel soll es auf jeden Fall sein, die Planungen zu beginnen um so einen Kostenüberblick zu bekommen, wie sich die Kosten auf die Ticketpreise auswirken.
Frau Dr. Wölk führt aus, dass das Parkhaus am M.-A.-Nexö-Platz seit langer Zeit geplant ist und sich die SPD-Fraktion immer dafür ausgesprochen hat. Sie hat Bedenken hinsichtlich des Baus der größtmöglichen Variante, dass die Bürgerschaft dem Beschluss des Aufsichtsrates der GPG vorgreifen könnte. Es gibt viele unterschiedliche Möglichkeit, wie dieses Parkhaus gebaut werden kann, wie es ausgestattet werden soll. Aber all diese Dinge, die im Vorfeld zu prüfen sind, müssen kostenmäßig erfasst und transparent gemacht werden.
Frau Dr. Wölk unterbreitet einen anderen Vorschlag für eine Beschlussfassung zur Planung und Bau des Parkhauses. Die Bürgerschaft soll die GPG damit beauftragen, verschiedene Varianten und auch Ausstattungsvarianten zu prüfen. Die Kosten sollen vorgelegt werden. Am Ende soll die Bürgerschaft entscheiden, welche Variante umgesetzt werden soll. Frau Dr. Wölk reicht händisch vorab zur Information den Entwurf einer Beschlussvorlage aus, welche eingebracht werden soll. Ziel ist es, die Vorlage interfraktionell einzureichen.
Frau Damm unterstreicht den Mangel an Parkplätzen. Sie verweist auf die einheitliche Betrachtung der Parkplatzsituation und wünscht eine entsprechende Übersicht, wie sich die Zahlen im gesamten Stadtgebiet darstellen.
Frau von Busse verweist auf eine Stellungnahme der Stadt, in welcher die Zahlen als kurzer Abriss zusammengeschrieben wurden. Außerdem verweist sie darauf,

dass die Verwaltung derzeit nicht in der Lage ist, das Parkraumbewirtschaftungskonzept fortzuschreiben. Auch das Mobilitätskonzept 2025 kann nicht alle Fragen beantworten. Weiterhin wurde die Stelle Verkehrsplaner für das Mobilitätskonzept zum wiederholten Mal ausgeschrieben.
Frau von Busse argumentiert hinsichtlich der Notwendigkeit von Parkplätzen. Die Aufgabe der GPG ist es, für die Stadt Parkraum zur Verfügung zu stellen und zu bewirtschaften. Die WVG stellt für die Stadt Wohnraum zur Verfügung und bewirtschaftet diese. Es stellt keiner die Frage, wie die WVG dies alles finanziert. Der Parkflächenbedarf ist ohne Zweifel vorhanden und hier gilt es, die Umsetzung anzufangen. Die Steuerung von Parkraum kann erst erfolgen, wenn ein Plus an Parkplätzen vorhanden ist.
Dr. Bittner merkt kritisch an, dass beide Vorlagen in das Geschäftsfeld der GPG und in die Rechte des Aufsichtsrates eingreifen. Es sollten nur die großen Punkte durch die Politik vorgegeben werden. Die Vorgabe, das größtmögliche Parkhaus zu bauen, kann nur eine Variante sein. Hier sollte sich auf die Anzahl der Stellplätze festgelegt werden.
Herr Radicke führt aus, dass vor 20 Jahren über den Bau der Tiefgarage Am Markt mit einem Bürgerentscheid abgestimmt wurde. Heute redet keiner mehr über die Notwendigkeit und den Sinn dieser Tiefgarage. Im Bauausschuss wird seit Jahren über den Stand des Parkhauses geredet. Alle wissen, dass die Situation des nicht ausreichenden Parkraums in der Innenstadt mehr als unzureichend ist. Die Ausgabe der Parkausweise übersteigt ein Vielfaches an verfügbaren Parkplätze. Getan wurde schon einiges. Der alte Standort für das Parkhaus vor der alten Mensa wurde auf den M.-A.-Nexö-Platz verschoben. Weitere Dinge wurden ebenfalls angeschoben. Die Bürgerschaft hat sich bisher immer und eindeutig für den Standort ausgesprochen. Der Aufsichtsrat der GPG muss diesen Auftrag umsetzen und die Planungen anschieben.
Frau Dr. Wölk führt die Zielstellung der SPD aus. Das Parkhaus soll geplant werden und die verschiedenen Varianten sollen der Bürgerschaft vorgestellt werden. Dann soll beschlossen werden, was gebaut wird.
Dr. Kasbohm spricht sich ebenfalls den Bau des Parkhaues aus. Die Planungen sollen beginnen. Die Stellungnahme der Verwaltung stellt auf den hohen Bedarf an Parkplätzen ab, so dass das Parkhaus dann auch voll wird. Leider ist dies nicht ganz nachzuvollziehen, da in die Stellungnahme auch alles aufgenommen wurde, was für das Parkhaus am M.-A.-Nexö-Platz nicht in Frage kommt. Herr Kasbohm bezieht sich auf die wegfallenden Parkplätze in den A-Quartieren. Hier wird auf die Parkplätze am Museumshafen zurückgegriffen. Trotzdem werden die Anwohner aus den umliegenden Straßen auf das Parkhaus auch in den Nachtstunden zurückgreifen.
Frau Damm und Frau Wisnewski beantragen eine Vertagung der Beschlussvorlage. Herr Rappen spricht sich für seine Fraktionsvorlage gegen eine Vertagung aus. Die Bürgerschaft soll über diese Vorlage am 02.07.2020 entscheiden.
Es folgt eine Einzelabstimmung zu den 4 Beschlussvorschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	1

Einzelabstimmung Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	7	2

Einzelabstimmung Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	2	6

Einzelabstimmung Punkt 4

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	7	2

8.4 Erweiterung des ÖPNV in Greifswald und Umsetzung des Nahverkehrsplans BV-P/07/0155

Herr Dr. Kasbohm bringt die Vorlage ein.
Ausgangspunkt ist, dass im September 2023 nach jetziger Planung die Schule in der Osnabrücker Straße eröffnet wird. Auch wenn Schulen einen lokalen Bezug und mit kurze Wegen verbunden sind, herrscht trotzdem freie Schulwahl. Dann kann es nicht sein, dass die Stadt eine Schule hat, die vom öffentlichen Nahverkehr nicht berührt wird. Die Stadtverwaltung hat in der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Nahverkehr in Greifswald“ auf lange Zeiträume zur Umsetzung hingewiesen. Bis zum Frühjahr 2021 muss entschieden werden, welche Buslinien diesen Standort anfahren sollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	1	1

8.5 Entlastung der Greifswalder Gastronomie BV-P/07/0152

Herr Rappen bringt die Vorlage ein.
Durch die Corona-Pandemie ist auch die Greifswalder Gastronomie stark betroffen. Zum einen soll der Oberbürgermeister prüfen, ob den Gastronomiebetrieben für die Nutzung der Außenflächen die Gebühren für das Jahr 2020 erlassen werden können. Der Oberbürgermeister hat bereits zugestimmt, dass für 2020 keine Gebühren für die Nutzung der Außenflächenflächen erhoben werden. Zum anderen soll geprüft, ob die Nutzung von Erweiterungsflächen zum Aufstellen von Tischen für die Außengastronomie möglich sind. Ziel soll sein, die Anzahl der Tische, die aufgrund der Abstandsregeln nicht gestellt werden können, auf den Erweiterungs-flächen aufzustellen und somit den Gastronomen zu helfen, ihren Umsatz zu erwirtschaften. Frau Kassautzki unterstreicht die Notwendigkeit, den Greifswalder Gastronomen zu helfen. Allerdings ist der Antrag zu kurz gefasst. Es gibt auch

Gastronomie, die derzeit nicht öffnen dürfen, z. B. die, die kein Essen servieren und denen, die keine Außenflächen haben.
Dr. Bittner fragt nach, ob die Gastronomen jeweils einen Antrag auf Befreiung von der Gebührensatzung stellen müssen oder ob die Verwaltung selbst tätig wird. Wird die Stadt den Gastronomen entsprechende Außenflächen anbieten?
Her Rappen führt aus, dass die Anträge durch die Gastronomen zu stellen sind.
Dr. Kasbohm regt die Rückkopplung mit dem Behindertenforum Greifswald e. V. und der AG
„Barrierefreie Stadt“ an. Vor Ort soll man mit den Gastwirten ins Gespräch kommen, um über die Aufstellmöglichkeiten zu beraten, um Gefährdungen zu reduzieren.
Herr Schick führt aus, dass die Stadt keine zusätzlichen Außenstellflächen zur Verfügung stellen kann. Die Einhaltung von Rettungswegen und Möglichkeiten zum Anleitern durch die Feuerwehr erlauben kein Zustellen von zusätzlichen Flächen.
Herr Radicke merkt an, dass es eine Pressemitteilung des Oberbürgermeisters vom 19.5.2020 gibt. Die Gebühren der Gastwirte werden erlassen. Punkt 2 des Beschlussvorschlages kann daher als obsolet betrachtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.6 Saubere Stadt IV – Innenstadtkonzept zur Müllentsorgung im öffentlichen Raum, Leerungszyklus, Personalaufstockung BV-P/07/0153

Frau Dr. Wölk bringt die Vorlage ein.
Wenn man durch die Innenstadt geht (insbesondere Marktplatz, Fischmarkt) begegnet einem sehr viel Müll rund um die Müllbehälter. Das ist nicht länger hinnehmbar. Es soll endlich Abhilfe geschaffen werden. Der Vorschlag ist, dass diejenigen, die den Müll produzieren, auch bei der Beseitigung des Mülls mitwirken sollten. Die Greifswald Marketing GmbH sollte sich gemeinsam mit den Gastronomen zusammensetzen und ein Konzept zur Müllvermeidung entwickeln. Dem Wunsch nach größeren Mülleimern und häufigeren Leerungen wurde durch die Mehrheit der Bürgerschaft nicht entsprochen. Vielmehr sollen die Verursacher weniger Müll produzieren. Über allen steht das Ziel, das Müllproblem in den Griff zu bekommen. Bis das Müllkonzept entwickelt ist, sollte eine häufigere Leerung stattfinden und die Müllabfallbehälter sollten in der Innenstadt mit Deckeln ausstattet werden.
Herr Rappen merkt an, dass man auf das Prüfergebnis auf den im Herbst 2019 gestellten Prüfauftrag („Saubere Stadt III“) warten sollte. Die abschließende Bearbeitung zu einer möglichen Fremdvergabe und damit zu einer häufigeren Leerung steht noch aus. Die angebrachten Pfandringe an den Müllbehältern werden oft als zusätzliche Müllablagefläche genutzt. Hier sollte sich die Frage gestellt werden, ob der Anbau dieser Pfandringe wirklich den gewünschten Nutzen bringt oder eben auch mehr Mehraufwand verursachen. Die Idee, der GMG die Konzepterstellung zu übertragen, wird eher kritisch gesehen. Die GMG hat andere Kernaufgaben. Bei geschlossenen Papierkörben, so Herr Rappen, ist eher unwahrscheinlich, dass immer der Deckel zum Öffnen benutzt wird. Als Alternative zum Beschlussvorlage zum Einführen einer Kampagne „Müll-Hot-

Spots“ führt Herr Rappen das schon vorhandene Portal „Klarschiff“ an. Dort können jetzt schon Müllecken gemeldet werden. Eine Pflicht, die „gelbe Tonne“ in der Innenstadt einzuführen, kann aus bekannten Gründen nicht entsprochen werden. Für viele Haushalte in der Innenstadt stellt die Größe der Tonne (240 Liter) ein Platzproblem dar.
Frau Wisneweski findet gut, dass die Vorlage an der Müllproduktion ansetzt. Eine Erhöhung des Leerungszyklusses sollte allerdings bedarfsorientiert stattfinden. Außerdem unterstreicht Frau Wisnewski die Anmerkung von Herrn Rappen, dass durch die Nachrüstung von Deckeln auf den Müllbehältern das Müllproblem noch verstärkt wird. Der Müll landet dann eher neben dem Mülleimer.
Frau Rex betont, das Ergebnis aus dem Prüfauftrag und die Beantwortung der kleinen Anfrage vom 27.4.2020 abzuwarten. Sie verweist auf Aussagen von Herrn Schick, dass in der Innenstadt die Müllbehälter mit Abdeckungen zeitnah nachgerüstet werden.
Frau Dr. Wölk merkt an, dass die erste Vorlage zur „Sauberen Stadt“ bereits 2016 beschlossen wurde. Seitdem werden immer wieder Gründe angeführt, warum die Dinge nicht umgesetzt werden.
Herr Dr. Bittner unterstreicht, dass die GMG sehr wohl mit der Konzepterstellung zur Müllreduzierung zu beauftragen ist. Diese Aufgabe könnte die GMG mit berücksichtigen.
Herr Schick ergänzt, dass die Ausschreibungen für eine Fremdvergabe bereits laufen. Die Nachrüstung der Mülleimer mit Abdeckungen erfolgt ebenfalls zeitnah.
Herr Dr. Kasbohm merkt an, dass es nicht üblich ist vorzuschreiben, wer das Konzept erarbeiten soll. Hier sollte die Verwaltung entscheiden, ob die GMG der richtige Partner ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	7

8.7 Bußgeld für unerlaubte Entsorgung von Kleinmüll — BV-P/07/0156

Frau Wisnewski bringt die Vorlage ein.
Es soll gegen das Müllproblem angegangen werden. Dazu soll geprüft werden, ob sich höhere Bußgelder erheben lassen. In anderen Städten wird es schon praktiziert, z. B. für Zigarettenstummel auf der Straße.
Dr. Valentin fragt nach, ob jetzt schon jemand von der Verwaltung aussagekräftig ist. Frau von Busse führt aus, dass der kommunale Ordnungsdienst hier im Ausschuss für Bauwesen und öffentliche Ordnung nicht vertreten ist.
Frau Dr. Wölk gibt zu bedenken, dass es schwierig, wenn nicht genügend Mülleimer vorhanden sind oder die vorhandenen Mülleimer ständig so voll sind, dass die Hälfte des Mülls daneben liegt, dann auch noch Bußgelder zu erheben.
Frau Damm unterstreicht, dass Bußgelder aber auch motivieren können, den Müll mit nach Hause zu nehmen.
Herr Radicke führt aus, dass hohes Müllaufkommen im Schilfgürtel am Ryck zu verzeichnen ist. Er spricht sich für eine Erweiterung der Vorlage aus. Nicht nur das unsachgemäße Wegwerfen von Zigarettenstummeln und to-go-Geschirr sollte bestraft werden, sondern auch das Wegwerfen von Flaschen, Gläser und Folien. Das unerlaubte Plakatieren, Graffitis, Hundekot und unerlaubtes Ablegen

von Grünabfällen sollten auch in den Katalog mit aufgenommen werden. Diese Ergänzungen werden als Antrag mit zur Beschlussvorlage aufgenommen. Frau Wisnewski stimmt dem zu.

Abstimmungsergebnis:

Mit Ergänzung von Herrn Radicke: Flaschen, Gläser, etc.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	6

8.8 Überplanmäßige Auszahlung Maßnahme "Schöpfwerk An der Mühle" BV-V/07/0197

Herr Liedtke bringt die Vorlage ein.
Der letzte Antrag in Höhe von T€ 300,0 wurde in der Sitzung der Bürgerschaft im Dezember 2019 beschlossen. Nun sind nach der letzten Ausschreibung zusätzliche Dinge aufgetreten, die die Fachleute vorher nicht sehen konnten. Es geht um die Gründung (sie ist tiefer als angenommen), um den Baukörper, es geht um Ersatzpumpen und um technologische Systeme, welche dort eine wesentliche Rolle spielen. Nach der Ausschreibung haben all diese Punkte zu einer Erhöhung in Höhe von T€ 141,0 geführt. Das Schöpfwerk „An der Mühle“ wird unbedingt benötigt. Am 15.06.2020 wird sich der Abwasserbeirat zusammensetzen und auch über dieses Thema beraten. Der Bau muss dringend weitergeführt werden.
Herr Schulze fragt nach, ob es eine Fristverlängerung für die Ausschreibungen gibt. Herr Liedtke antwortet, dass acht Unternehmen angefragt wurden. Drei Unternehmen davon haben ein Angebot abgegeben.
Dr. Kasbohm ergänzt, dass eine Zustimmung unbedingt notwendig ist. Der schwache Untergrund war auch schon zu Planungszeiten bekannt. Das zuständige Planungsbüro hatte die Planung wiederum nicht vollständig durchdacht und dadurch sind diese Mehrkosten entstanden. Herr Dr. Kasbohm unterstreicht die Notwendigkeit der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems als Sicherungssystem.
Dr. Bittner weist darauf hin, dass es notwendig ist, dass es einen Plan für die ganze Stadt gibt, in welchen die tragfähigen Untergründe eingezeichnet sind und wo sich Moorboden befindet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	1

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Frau Wisnewski fragt nach dem Grundsatzbeschluss zur Lichtverschmutzung. Dazu war die Beschlusskontrolle zum letzten Mal vorgesehen. Die Verwaltung hatte aber bereits die Beschlusskontrolle schon früher durchgeführt. Frau

Wisnewski fragt nach dem aktuellen Stand, gibt es konkrete Maßnahmen und wenn ja, welche.
Weiterhin fragt sie nach, ob die Möglichkeit besteht, Schilder im Bereich der Salzwiesen aufzustellen. Dort gab es den dritten Brand. Die Schilder sollen auf die besondere Brandgefahr (kein grillen, kein Lagerfeuer etc.) hinweisen.
Beide Fragen werden durch die Verwaltung nachträglich schriftlich beantwortet.

Frau Rex fragt an, ob es möglich ist, von der W.-Rathenau-Straße in die Wolgaster Straße einen grünen Abbiegepfeil an der Ampel zu installieren. Herr Schick führt aus, dass diese Thematik bereits mehrfach geprüft wurde. Auf Grund von Auffahrunfällen (Beispiel Straße An der Thronpost) wurde auf das Anbringen eines grünen Pfeils bislang verzichtet, wird aber nochmal geprüft.

Dr. Bittner fügt hinzu, dass es an der Kreuzung Wolgaster Straße / W.-Rathenau-Straße gefährlich für Fahrradfahrer ist. Die rechtsabbiegenden Autofahrer übersehen häufig die Fahrradfahrer, die auf dem Radfahrweg sind. Der Radfahrweg befindet sich nicht im mittelbaren Sichtumfeld zur Straße. Falls in diesem Bereich ein Umbau erfolgt, sollte dieser Bereich für die Fahrradfahrer entschärft werden. Herr Schick führt aus, dass derzeit keine großen Baumaßnahmen in diesem Bereich vorgesehen sind. Trotzdem wird der Bereich nochmal durch die Verwaltung überprüft.

10 Ende der Sitzung

Herr Liedtke beendet die öffentliche Sitzung um 21.07 Uhr.

Vorsitz:	Protokollant/in:
Jürgen Liedtke	Michaela Böttger